

SDG 12: FÜR EINE KULTUR DER NACHHALTIGKEIT AN HOCHSCHULEN

Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Hochschulen werden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Sie sind Einrichtungen der Gesellschaft. Sie stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zu einer zukunftsorientierten Entwicklung der Gesellschaft zu leisten. Zukunftsorientierung bedeutet, eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft zu befördern. In einer gemeinsamen Erklärung „Hochschulen für nachhaltige Entwicklung“ aus dem Jahr 2009 hat die Hochschulrektorenkonferenz sich gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung bekannt und sich dabei die Definition der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu eigen gemacht: Die gegenwärtige Generation muss ihre Bedürfnisse befriedigen, ohne die Chancen der zukünftigen Generationen auf Bedürfnisbefriedigung zu gefährden. Im globalen Zusammenhang beinhaltet Nachhaltigkeit dabei nicht nur „Generationengerechtigkeit, sondern auch „globale Gerechtigkeit“ in der Verteilung und Entwicklung von Ressourcen, Wohlstand und Lebensqualität sowie den Fokus auf die Ärmsten.



Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (Foto: HRK)

Schlüsselrolle der Hochschulen

Die Hochschulrektorenkonferenz hat das Thema nachhaltige Entwicklung im Jahre 2018 erneut aufgegriffen. In der Empfehlung „Für eine Kultur der Nachhaltigkeit“ legt sie dar, warum den Hochschulen bei der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung eine Schlüsselrolle zukommt: In der Forschung können sie durch das Zusammenwirken der verschiedensten Disziplinen Antworten auf die Frage geben, wie wir

“ *In der Lehre vermitteln Hochschulen nicht nur Fachwissen, sondern tragen auch zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Das ist besonders wichtig, denn nachhaltige Entwicklung setzt eine breite gesellschaftliche Akzeptanz voraus.* ”

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
infostelle@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Ramona Fricke, Dr. Ursula Grünenwald, Hannah Resch, Katharina Schäfer, Anne-Sophie Tramer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur
www.ansicht.com

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht.
Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht.
ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

„Der artikulierte Wille vieler Akteure, zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Gesellschaft beizutragen, muss sich in einem konsistenten politischen und gesellschaftlichen Handeln niederschlagen, an dem sich die Hochschulen aktiv beteiligen.“

künftig leben und wirtschaften sollten, um die ökologische Belastbarkeit nicht länger zu überschreiten und die menschlichen Lebensgrundlagen global zu schätzen. In der Lehre vermitteln Hochschulen nicht nur Fachwissen, sondern tragen auch zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Das ist besonders wichtig, denn nachhaltige Entwicklung setzt eine breite gesellschaftliche Akzeptanz voraus. Diese kann durch „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unterstützt und befördert werden. Sie kann Wandlungsprozesse in den individuellen Orientierungen und Handlungsweisen initiieren und beschleunigen. Nicht zuletzt können Hochschulen als Betriebe Strukturen mit Vorbildcharakter schaffen, die dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden.

Nachhaltigkeitsnetzwerk der Hochschulen

Die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz haben dazu beigetragen, dass eine große Zahl von Hochschulen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung aktiv sind: Im bundesweiten HOCH N-Verbundprojekt und -Nachhaltigkeitsnetzwerk engagieren sich

bereits knapp ein Viertel aller deutschen Hochschulen. Viele Hochschulen bekennen sich in ihren Leitbildern zur Nachhaltigkeitsverantwortung, haben Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und erste Kompetenzzentren zur Umsetzung eingerichtet. „Green Offices“ nach niederländischem Vorbild koordinieren Nachhaltigkeitsbestrebungen. Erste Hochschulen machen den hochschulspezifischen Nachhaltigkeitsindex zur Grundlage ihrer Berichterstattung.

Von der Leitidee zur Umsetzung

Die Hochschulrektorenkonferenz empfiehlt den Hochschulen - jeweils abhängig von ihrem Profil und ihren Voraussetzungen - der nachhaltigen Entwicklung eine besondere Rolle in ihrem Zielsystem beizumessen und ihr Engagement zu verstärken. Auf der Grundlage der formulierten Leitidee sollten konkrete Schritte zur Umsetzung entwickelt werden. Zentrales Ziel muss es sein, eine Kultur der Nachhaltigkeit an Hochschulen zu entwickeln. Dabei sind die individuelle Motivation und das persönliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Ein

reflektierter Umgang mit der eigenen Forschung und Lehre, der den gesellschaftlichen Dimensionen Rechnung trägt, sollte selbstverständlich werden. In der Lehre sollten individuelle Fähigkeiten und Denkweisen, die im Zusammenhang mit den Herausforderungen gesellschaftlicher Nachhaltigkeit entscheidend sind, gezielt gefördert werden. Dieser Prozess muss von Seiten der Länder als Träger der Hochschulen und als Mittelgeber ebenso wie vom Bund und von den Förderorganisationen Unterstützung erfahren.

Nachhaltiger Betrieb

Nicht zuletzt müssen die Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Betrieb der Hochschule neu gedacht werden. Hier sind Mittel beispielsweise für nachhaltigere Lösungen u. a. in den Bereichen Bau, Energie, Ressourcenschutz durch Kreisläufe sowie Mobilität und Campusgestaltung bereitzustellen. Landesinstitutionen, die im Bereich Bau und Liegenschaftsmanagement verantwortlich sind, müssen um zukunftsfähige, an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Lösungen bemüht sein und Bau und Betrieb stärker als bisher trotz unterschiedlicher Akteure zusammendenken.

Fazit

Die bereits laufenden Nachhaltigkeitsaktivitäten an deutschen Hochschulen und die überwältigende Mehrheit für die Entschließung im November 2018 bieten eine gute Ausgangsbasis, um mehr Hochschulen auf dem Weg mitzunehmen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Hochschulen können aber nicht allein den Wandel tragen. Sie sind Teil dieser Gesellschaft. Sie können nicht stellvertretend für Regierung oder Parlamente eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben. Der artikulierte Wille vieler Akteure, zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Gesellschaft beizutragen, muss sich in einem konsistenten politischen und gesellschaftlichen Handeln niederschlagen, an dem sich die Hochschulen aktiv beteiligen.



AKTUELLES

GLOBAL EDUCATION WEEK 2019

Das Motto der diesjährigen GLOBAL EDUCATION WEEK lautet „Wake Up! Letzter Aufruf für den Klimaschutz!“ Die Aktionswoche findet europaweit vom 18. bis 24. November 2019 statt und setzt sich in diesem Jahr für wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz weltweit ein. Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen, Verbände und Initiativen sind dazu eingeladen, sich zu beteiligen. Die GLOBAL EDUCATION WEEK wird in Deutschland von der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-

Süd beim World University Service (WUS) koordiniert und europaweit vom Nord-Süd-Zentrum des Europarates getragen.

Info: Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e. V., Ansprechpartnerin: Dr. Ursula Grünenwald, Tel. 0611 9446170, infostelle@wusgermany.de, www.wusgermany.de, www.coe.int/en/web/north-south-centre

MATERIALIEN

FEMNET-Leitfaden zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung

FEMNET e. V. hat im April 2019 einen 48-seitigen Leitfaden zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung herausgegeben. Der Leitfaden erklärt, wie Handlungsspielräume im Bereich der öffentlichen Beschaffung genutzt werden können - und zwar unabhängig vom Bundesland und davon, ob zentral oder dezentral und in welchem Umfang beschafft wird. Er richtet sich in erster Linie an Beschaffende, aber auch an politische Entscheidungsträger/-innen. Neben rechtlichen Grundlagen enthält der Leitfaden zahlreiche Beispiele und Muster für Ratsbeschlüsse, Dienstanweisungen sowie Textbausteine für Ausschreibungen. Der Leitfaden steht im pdf-Format kostenfrei auf www.femnet-ev.de unter der Rubrik „Themen/Faire öffentliche Beschaffung“ zum Download bereit. Die Printversion kann bei FEMNET bestellt werden.

Info: FEMNET e. V., *feministische Perspektiven auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, Ansprechpartnerin: Rosa Grabe, Tel. 0228 909173-08, beschaffung@femnet-ev.de, www.femnet-ev.de

Aktionsheft „Klimaflucht“ des Eine Welt Netz NRW

Das Eine Welt Netz Nordrhein-Westfalen hat im Januar 2019 das Aktionsheft „Klimaflucht. Wenn's zu heiß wird: Dem Fluchtgrund auf der Spur“ veröffentlicht. Es ist eine Publikation des Projekts „Einfach ganz ANDERS“, das 2010 mit dem Ziel gegründet wurde, Schüler/-innen für die globalen Dimensionen des gesellschaftlichen Handelns zu sensibilisieren. Das Aktionsheft stellt einen greifbaren Zusammenhang zwischen Fluchtursachen und dem Klimawandel her, der durch das alltägliche Verhalten aller beeinflusst wird. Dadurch können Lehrkräfte Schüler/-innen ab der 7. Klasse die Verantwortung für das eigene Handeln vor Augen führen. Das Heft stellt neben vielen Hintergrundinformationen Konzepte für die Gestaltung eines Projekttags vor.

Info: Eine Welt Netz NRW e. V., Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster, Ansprechpartnerin: Isabel Empacher, Tel. 0251 284669-23, isabel.empacher@eine-welt-netz-nrw.de, www.einfachganzanders.de

ANGEBOTE

Ausstellung „Fair und weg? Tourismus nachhaltig gestalten“

Die Ausstellung „Fair und weg? Tourismus nachhaltig gestalten“ des Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) sensibilisiert Reisende und Anbieter für den nachhaltigen Tourismus. Die Agenda 2030 betont explizit die Bedeutung einer nachhaltigen Ausrichtung der Reisebranche. Ein Tourismus, der gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für die lokale Bevölkerung garantiert, deren kulturelle Werte respektiert, umweltverträglich und ressourcenschonend ist, kann zum Wohle der Menschen sein. Anhand erfolgreicher Beispiele aus Südafrika macht die beim biz ausleihbare Ausstellung Kriterien des nachhaltigen Reisens deutlich und gibt Orientierung für die nächste Urlaubsplanung. Die Ausstellung besteht aus 10 Stoffbannern (85 x 200 cm), die sich leicht an der Wand oder frei hängend an der Decke befestigen lassen. Ein Ausstellungskatalog sowie eine Handreichung für Führungen stehen zur Verfügung.

Info: Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz), Bahnhofplatz 13, 28195 Bremen, Ansprechpartnerin: Corinna Brandenburger, Tel. 0421 171910, projekte@bizme.de, www.bizme.de

SDG-Audiorundgang im Tropengewächshaus der Universität Kassel

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 (SDGs) stehen im Fokus eines Audiorundgangs des Tropengewächshauses in Witzenhausen. Dabei sind die 17 SDGs jeweils einer Pflanzenart zugeordnet, an der sie sich auch thematisch orientieren. Kleine Schilder mit QR-Codes ermöglichen es, die Audiodateien über das Smartphone mit einem QR-Scanner abzurufen. Themengebiete sind unter anderem die Verschmutzung

der Meere, die Arbeitsbedingungen bei der Lebensmittelbeschaffung sowie Aspekte der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. In den Audiodateien werden konkrete Umsetzungsideen vorgeschlagen, die jede/-r Besucher/-in in den eigenen Alltag integrieren kann.

Info: Universität Kassel - Tropengewächshaus, Steinstraße 19, 37213 Witzenhausen, Ansprechpartnerin: Marina Hethke, tropenge@uni-kassel.de, Tel. 0554 981231, www.uni-kassel.de

Portal Globales Lernen – Fokusthema „Degrowth“

Das Portal „Portal Globales Lernen“ bietet unter der Rubrik „Im Fokus: Weniger ist mehr/Degrowth“ aktuelle Materialien, Aktionen und Projekte für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit an. Die „Degrowth“-Bewegung hat zum Ziel, Gesellschaft und Wirtschaft so zu gestalten, dass langfristig ein gutes Leben für alle möglich ist. Die sogenannten Postwachstumstheorien legen nahe, das allgegenwärtige Streben nach Wachstum aufzugeben und für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zu sorgen. Anstelle eines expansiven ‚Weiter-so‘ schlagen Expert/-innen wie der deutsche Volkswirt Nico Paech ein Konzept der Postwachstumsökonomie vor, die zwar bescheiden dimensioniert, aber langfristig stabil ist.

Info: Portal Globales Lernen beim World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V., Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartnerin: Katharina Kallenborn, Tel. 0611 9446170, service@globaleslernen.de, www.wusgermany.de

AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

EUROPA/WELT

Globale Anpassungskommission – Unterstützung für Entwicklungsländer beim Klimawandel

Am 21. Mai 2019 beriet die Globale Anpassungskommission auf Einladung von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller in Berlin über Maßnahmen, die zur Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels nötig sind. Den Vorsitz hatten der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und die Weltbank-Geschäftsführerin Kristalina Georgieva. Ban Ki-moon, Vorsitzender des Globalen Zentrums für Anpassung an den Klimawandel, appellierte, keine Zeit zu verlieren. Die Ko-Vorsitzende

Kristalina Georgieva formulierte den Wunsch, dass die Kommission als Transmissionsriemen für neue Ideen dienen solle, um die weltweit am stärksten gefährdeten Menschen zu unterstützen. Vor dem UN-Klimagipfel im September 2019 in New York wird die Globale Anpassungskommission einen Bericht veröffentlichen, der den besonders dringenden Handlungsbedarf in einzelnen Bereichen aufzeigt, darunter bei Ernährungssicherheit, Infrastruktur, Finanzen, Resilienz in Städten und naturbasierten Lösungen.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Pressestelle, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 185352451, presse@bmz.bund.de, www.bmz.de

BUND

Gemeinsame Kommission aus Bundestag und Bundesregierung zur „Colonia Dignidad“

Die „Gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesregierung“ hat sich am 16. Mai 2019 auf ein Hilfskonzept für die Opfer der 1961 in Chile gegründeten Gemeinschaft „Colonia Dignidad“ geeinigt. Dazu wird ein Hilfsfonds eingerichtet, mit dem die Spätfolgen der gravierenden Menschenrechtsverletzungen bei den Betroffenen abgemildert und Kosten für Pflege, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit erstattet werden sollen. Aus den Mitteln des Fonds werden zudem Anlauf- und Beratungsstellen in Deutschland und in Chile eingerichtet. Die von dem Deutschen Paul Schäfer gegründete „Kolonie Würde“, die nach außen das Bild einer harmonischen, christlichen Werten verpflichteten Gemeinschaft pflegte, diente der Tarnung einer verbrecherischen Organisation. Über Jahrzehnte wurden dort schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, ohne dass deutsche Diplomaten aktiv geworden wären. Das Auswärtige Amt sieht deshalb eine moralische Mitverantwortung und hat in den letzten Jahren Projekte zur Aufarbeitung der Vergangenheit finanziert. Zudem wurden einige in Chile lebende Betroffene durch die Übernahme von Pflege- oder Psychotherapieleistungen unterstützt.

Info: Auswärtiges Amt, Pressereferat, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, Tel. 030 5000-2056, presse@diplo.de, www.auswaertiges-amt.de

BMZ – Gründung der internationalen Abfall-Allianz PREVENT

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller begrüßt die neuen Regeln für Export von Plastikmüll des Basler Abkommens und fordert die konsequente Umsetzung durch ein Exportverbot aus der EU nach Afrika und Asien. Das internationale „Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“ wurde 1989 verabschiedet. Wie Minister Müller am 12. Mai 2019 mitteilte, sind die neuen Exportregeln ein wichtiger Schritt, den internationalen Mülltourismus zu begrenzen. „Wir müssen diese Gelegenheit nutzen und das jetzt mögliche Exportverbot von Plastikmüll aus der EU nach Afrika und Asien während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr umsetzen“, so der Minister. Einen Schritt zur Umsetzung des Abkommens hat das

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit der Gründung der internationalen Abfall-Allianz PREVENT unternommen. 30 Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland sowie die Partnerländer Indonesien und Ghana kooperieren, um Wissen und Technologie zu Abfallentsorgung und Recycling weltweit zur Anwendung zu bringen.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Pressestelle, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 18535-2451, presse@bmz.bund.de, www.bmz.de

BMBF – Positive Bilanz der Integration von Geflüchteten

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hat anlässlich der Eröffnung der Konferenz „Nationaler Aktionsplan Integration“ am 17. Mai 2019 in Berlin die Erfolge bei der Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und das Bildungssystem betont. Ziel des „Nationalen Aktionsplan Integration“ ist es, die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern und mittels Bildung Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu ermöglichen. Populistischen Tendenzen müsse, so die Ministerin, entgegengetreten werden, da sie den sozialen Zusammenhalt und das demokratische System gefährdeten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) konzentriert sich bei seinen Bestrebungen auf die Themen Bildung und Ausbildung sowie auf Berufsanerkennung. Eine besondere Rolle kommt dabei den Hochschulen zu, an denen bislang 10.000 Geflüchtete studierten. Zugleich würdigte die Ministerin außerschulische Lernorte wie Vereine, Volkshochschulen und private Initiativen, die Wissen vermittelten und Orte der Integration seien. Diese werden durch das Programm „Kultur macht stark“ unterstützt. Der in Deutschland verfolgte umfassende Politikansatz wird in einer Studie der Europäischen Kommission als Erfolg gewertet und dient Initiativen in anderen Staaten als Vorbild.

Info: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat Presse, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin, Tel. 030 1857-5050, presse@bmbf.bund.de, www.bmbf.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Delegationsreise in die autonome Region Kurdistan-Irak

Vom 15. bis 19. April 2019 besuchten die Staatsministerin Theresa Schopper und die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer die autonome Region Kurdistan-Irak. Ziel der Delegationsreise war es, die Kooperationen für humanitäre Hilfe in der Region zu stärken. Im Fokus standen deshalb Gespräche mit Vertreter/-innen der autonomen Region sowie mit vor Ort engagierten Organisationen. „Die Menschen brauchen unsere Unterstützung, um grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen, aber auch, um für ihr eigenes Leben wieder Perspektiven zu sehen“, sagte die Staatsministerin am Tag vor dem Abflug in Stuttgart. „Dazu wollen wir mit unserer Kooperation mit dem Gouvernement Dohuk und mit Projekten wie einer Solaranlage für das Flüchtlingscamp Mam Rashan oder einer Existenzgründung für Tep-

pichweberinnen beitragen.“ Theresa Schopper und Theresia Bauer sprachen mit dem Ministerpräsidenten der Region Kurdistan-Irak, Nêçîrvan Barzanî. Gemeinsam mit dem Gouverneur des Gouvernements von Dohuk, Farhad Atrushi, unterzeichneten sie ein Kooperationsabkommen zur humanitären Hilfe. Die Delegation besuchte weiterhin verschiedene Einrichtungen und Hilfsprojekte, darunter das vom Land geförderte Institut für Psychotherapie und Psychotraumatologie der Universität Dohuk und ein Camp für vertriebene Jesid/-innen.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Pressestelle der Landesregierung, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 2153-213, pressestelle@stm.bwl.de, stm.baden-wuerttemberg.de

BAYERN

Bayerisches Afrikabüro in Addis Abeba

Im Rahmen seiner Äthiopienreise hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 15. Mai 2019 das Bayerische Afrikabüro in Addis Abeba eröffnet. Söder möchte damit ein Zeichen für die Unterstützung der Entwicklung Äthiopiens in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit setzen und Bayerns dauerhaftes Engagement für eine Zusammenarbeit zusichern. Das Büro soll verschiedene Projekte koordinieren, die von Bayern unterstützt werden: So wird das Aufforstungs- und Wissenschaftsprojekt „Kirchenwald“ in Bole Bulbula mit rund 250.000 Euro bezuschusst und der Ausbau von Photovoltaikanlagen an Schulen Äthiopiens gefördert. Das Afrikabüro hat seinen Standort bei der Repräsentanz der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und wird von Linda Schraml geleitet. Im weiteren Verlauf seiner Reise führte Söder Gespräche mit hochrangigen politischen Vertretern der äthiopischen Regierung und der Afrikanischen Union, um die internationalen Beziehungen zu stärken, neue wirtschaftliche Kooperationen ins Auge zu fassen und globale Herausforderungen durch Partnerschaften gemeinsam anzugehen. Auch besuchte er das Flüchtlingscamp in Gambela, um ein Bild von der dortigen Situation zu bekommen.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Pressestelle, Tel. 089 2165-2407, presse@stk.bayern.de, www.bayern.de



BERLIN

Berliner Entwicklungspolitisches Bildungsprogramm (benbi)

Das Thema des 20. Berliner Entwicklungspolitischen Bildungsprogramms (benbi) der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) ist „Weltweit Wirtschaften“. Vom 4. bis zum 8. November 2019 können sich Schüler/-innen der Unter-, Mittel- und Oberstufe im FEZ-Berlin mit dieser Thematik auseinandersetzen. Unterschiedliche Angebote ermöglichen jeder Altersgruppe die Auseinandersetzung mit globalen Themen. Workshops, ein Kinoforum, interaktive Bühnenprogramme und Podiumsdiskussionen sind Teil der Woche. Lehrer/-innen und Pädagog/-innen sind dazu eingeladen, sich in Methodenworkshops und Ausstellungen zu informieren und auszutauschen, um Globales Lernen in den Unterricht einzubinden. Bildungsmaterialien zur Vor- oder Nachbereitung des Unterrichts stehen auf der Website von KATE zur Verfügung. Interessierte Schulklassen können sich nach den Sommerferien ab dem 5. August 2019 für das Entwicklungspolitische Bildungsprogramm anmelden.

Info: Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) e. V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Ansprechpartnerin: Isabel Wille, Tel. 030 4495997, anmeldung@kateberlin.de, www.kate-berlin.de

BRANDENBURG

Strategiepapier zu nachhaltiger Entwicklung

Im Zentrum des Jubiläumstreffens des „10. Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg“ stand die Diskussion und Verabschiedung des Strategiepapiers „Austausch fördern - Akzente setzen - Menschen begeistern. Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“. Das Papier besteht aus einer Bilanz der eigenen Arbeit und der Formulierung politischer Erwartungen an die Landesregierung und die Kommunen. Das erste Treffen des „Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg“ fand am 3. Dezember 2010 statt. Ziel war es, einen breiten Fachdialog zu den Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung zu eröffnen. Mit Verabschiedung dieser Leitlinien im Mai 2012 durch die Landesregierung wurde der „Round Table“ als begleitendes Gremium zur kritischen Auseinandersetzung mit denselben und zu deren Umsetzung etabliert. Seitdem kommen bei den jährlichen Zusammenkünften 40 Vertreter/-innen von Nichtregierungsorganisationen, der Wissenschaft, der evangelischen

Landeskirche, der IHK Potsdam, aus Kommunen sowie von verschiedenen Landesministerien zum Monitoring und praxisorientierten Erfahrungsaustausch zusammen.

Info: Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e. V. (VENROB), Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam, Ansprechpartner: Uwe Prüfer, Tel. 0331 7048966, pruefer@venrob.org, <https://entwicklungspolitik-brandenburg.de>, www.venrob.org

BREMEN

Namibische Delegationen zu Besuch

Drei namibische Delegationen waren in der Woche vom 8. bis 12. April 2019 zu Gast in Bremen, um sich über berufliche Bildung, nachhaltige Mobilität sowie Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz zu informieren. Der Besuch der Gäste aus Bremens Freundschaftsstadt Windhoek wurde von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Institut für Technik und Bildung (ITB) der Universität Bremen koordiniert. Im Verlauf des einwöchigen Aufenthaltes besuchten die drei namibischen Arbeitsgruppen zahlreiche Einrichtungen und Unternehmen. Die erste Gruppe informierte sich über modernes Abfallmanagement und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Bremer Betrieben. Im Rahmen der Bund-Länder-Kooperation zur Förderung nachhaltiger Mobilität informierte sich die zweite Gruppe im Bereich Verkehrsplanung. Die dritte Gruppe absolvierte Besuche u. a. bei Mercedes, berufsbildenden Schulen in Wildeshausen und der Handelskammer Bremen. Mit dem Austausch wollen die bremischen Partner die namibischen Einrichtungen und Institutionen dabei unterstützen, die Voraussetzungen für eine bedarfsorientierte Berufsbildung zu schaffen.

Info: Freie Hansestadt Bremen, Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Ansgaritorstraße 22, 28195 Bremen, Ansprechpartnerin: Silke Goethe, Tel. 0421 361-2987, silke.goethe@ez.bremen.de, www.ez.bremen.de

HAMBURG

Rallyeprojekt für Schulklassen

Das Bildungsprogramm „hamburg mal fair“ des Vereins Mobile Bildung e. V. führt seit mehreren Jahren Stadtrallyes zu den Themen Fairer Handel und nachhaltiger Konsum mit Jugendlichen durch. Diese werden mithilfe einer entsprechenden App mit Smartphones oder Tablets gespielt. Nun bietet der Verein Schulklassen die Möglichkeit, eine Rallye rund um die eigene Schule zu entwickeln und diese zugleich auch langfristig zu nutzen. Die Schüler/-innen befassen sich auf diese Weise mit globalen Themen und verknüpfen sie mit Orten in ihrem direkten Lebensumfeld. Die Teamer/-innen von „hamburg mal fair“ führen zunächst in das Themengebiet Welthandel, fairer Handel und nachhaltiger Konsum ein. Anschließend beschäftigen sich die 13- bis 18-Jährigen in Kleingruppen mit Produkten wie Kleidung, Smartphones, Früchten oder Kakao und werden dadurch zu Expert/-innen

auf ihrem Gebiet. Nach einer Einweisung in die Rallye-Software können sie eigene Aufgaben für eine Rallye rund um die Schule erstellen. Nach Fertigstellung kann die Rallye auch von anderen Klassen der Schule gespielt werden.

Info: hamburg mal fair - Mobile Bildung e. V., c/o Süd-Nord-Kontor, Stresemannstr. 374, 22761 Hamburg, Tel. 040 88156799, info@hamburgmalfair.de, hamburgmalfair.de

HESSEN

Vietnamesisch-Deutsche Universität

Am 7. Mai 2019 sind die Regierungsverhandlungen über die nachhaltige Entwicklung der Vietnamesisch-Deutschen Universität (VGU) erfolgreich abgeschlossen worden. Das trilaterale Abkommen zwischen dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem vietnamesischen Ministerium für Erziehung und Ausbildung (MOET) wurde in Hanoi verabschiedet. Die VGU wurde 2008 auf gemeinsame Initiative von Vietnam und Hessen gegründet. Die Landesregierung und der Bund unterstützen die Finanzierung der Studiengänge und den weiteren Ausbau der Verwaltung der Universität jeweils mit 1,5 Millionen Euro jährlich. Die VGU orientiert sich an deutschen Qualitätsstandards und insbesondere an den auf weitgehende Autonomie setzenden Hochschulmodellen in Hessen. So stand die Satzung der Technischen Universität Darmstadt Pate für die Satzung der VGU – ein Novum im Hochschulsystem Vietnams. Mit einem Lehr- und Forschungsbetrieb von rund 1.200 Studierenden sowie rund 150 Lehrenden und Beschäftigten in der Verwaltung bietet die Hochschule aktuell elf Studiengänge in Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften an. Mittlerweile haben über 650 Studierende der VGU einen deutschen Universitätsabschluss erhalten.

Info: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Pressesprecher Volker Schmidt, Tel. 0611 3232-30, pressestelle@hmwk.hessen.de

Neuausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie

Das Land Hessen hat im April seine Nachhaltigkeitsstrategie neu ausgerichtet. Am 10. April 2019 tagte erstmals das neue Entscheidungsgremium im Haus der Evangelischen Kirche in Wiesbaden unter dem Namen „Hessisches Bündnis für Nachhaltigkeit“ und stellte zukünftige Themenschwerpunkte und Nachhaltigkeitsstrategien vor. Es löste damit die „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ ab. Verantwortliche der Landespolitik sowie wichtige hessische Verbände werden im Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit zukünftig einmal im Jahr tagen, um Entscheidungen zu Themen der Nachhaltigkeitsstrategie zu beschließen. Eine inhaltliche Neuerung ist die Einrichtung eines „Nachhaltigkeitsforums“, durch das zukünftig Entscheidungen zu aktuellen Schwerpunktthemen der nachhaltigen Entwicklung vorbereitet werden sollen. Akteur/-innen und interessierte Bürger/-innen

haben hier die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen und gemeinsam zu diskutieren. Mit diesen Neuerungen nimmt die Landesregierung Vorschläge von Expert/-innen an, die im „Peer Review“-Bericht unter dem Motto „Sicherheit in Zukunftsfragen – Vertrauen in Nachhaltigkeit – Mut zu Neuanfängen“ die Nachhaltigkeitsstrategie analysiert und Empfehlungen für die Weiterarbeit gegeben haben.

Info: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden, Pressestelle: Ira Priestersbach, Tel. 0611 8151020, pressestelle@umwelt.hessen.de, www.hessen-nachhaltig.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Kooperation mit Ghana

Am 13. Mai 2019 hat Europaminister Stephan Holthoff-Pförtner die Botschafterin der Republik Ghana, Gina Ama Blay, zu einem Gespräch im Landeshaus empfangen. Inhalt des Gesprächs war die Weiterentwicklung der vor zwölf Jahren initiierten und vor drei Jahren verlängerten Kooperation zwischen den Regierungen Ghanas und Nordrhein-Westfalens. In der langjährigen Partnerschaft, die eine Vielzahl gemeinsamer Initiativen hervorgebracht hat, spielen zivilgesellschaftliche Organisationen, Schulen und Hochschulen sowie Kommunen eine wichtige Rolle. Neben diesen Projekten soll in Zukunft vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder gefördert werden. Eine engere wirtschaftliche Kooperation ist auch im Sinne des ghanaischen Staatspräsidenten Akufo-Addo, der erklärte, Afrika brauche ein größeres wirtschaftliches Wachstum statt mehr Entwicklungshilfe. Die nordrhein-westfälische Landesregierung vergibt in diesem Zusammenhang beispielsweise Messestipendien, die es kleinen und mittelständigen Unternehmen aus Ghana ermöglichen, ihre Produkte auf dem deutschen Markt zu präsentieren. Auch Botschafterin Blay warb während ihres Nordrhein-Westfalen-Aufenthaltes für den Investitionsstandort Ghana.

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Pressestelle, 40190 Düsseldorf, Tel. 0211 8371134, presse@stk.nrw.de, www.land.nrw

Neues Webportal der BNE-Agentur NRW und Social-Media-Aktion #TeileDie17

Die Agentur für Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen (BNE-Agentur NRW) entwickelt derzeit das Portal www.bne.nrw.de, um den landes-

weiten Austausch zwischen BNE-Akteur/-innen zu vereinfachen. Die BNE-Agentur NRW ist Teil der BNE-Strategie des Landes, die im Januar 2016 verabschiedet wurde. Die neue Plattform informiert über Angebote und Termine, zudem lädt sie zum Erfahrungsaustausch ein. Im Rahmen der aktuellen Social-Media-Aktion des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums sind Menschen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen dazu eingeladen, den eigenen Beitrag zur Vermittlung der SDGs unter dem Hashtag #TeileDie17 zu veröffentlichen. Wer sich beteiligen möchte, postet sein Statement auf Facebook oder Instagram unter #TeileDie17 und verlinkt den Account der BNE-Agentur NRW (@BNE NRW). Alle Beiträge werden auf der Seite www.bne.nrw.de/gemeinsam-fuer-bne/bne-sei-dabei veröffentlicht.

Info: Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Referat VIII-4 Bildung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung, BNE-Agentur, Schwannstr. 3, 40476 Düsseldorf, Ansprechpartnerin: Sabine Blom, Tel. 0211 4566-823, sabine.blom@mulnv.nrw.de, www.umwelt.nrw.de, www.bne.nrw.de

SAARLAND

Kampagne „Gutes Leben ist einfach“

Am 5. April 2019 startete das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V. (NES) die Kampagne „Gutes Leben ist einfach“. Zwischen April und Mai wirbt die Kampagne in Saarbrücken für ein „Gutes Leben“ für alle: Veranstaltungen, Mitmachmöglichkeiten und Plakate bieten Anregungen für eine nachhaltige und klimafreundliche Lebensführung. Die Angebote richten sich an Schulen, interessierte Organisationen und Unternehmen, Kunstschaffende und sonstige Interessierte. Es werden kreative Plakatvorschläge gesammelt, die bei der Abschlussveranstaltung am 7. Juni 2019 vorgestellt werden. Besonders gelungene Beiträge erscheinen als Postkarte. Interaktive Schuleinsätze sollen Schüler/-innen ab der fünften Klasse das Kernthema der Kampagne „Nachhaltige Entwicklung“ näher bringen. Dabei werden Themen wie Ernährung, Wasser, Konsum, Müll, Energie und Mobilität behandelt und ein Bogen zum Klimawandel geschlagen. Alle Beteiligten sind dazu eingeladen, Fotos von Aktionen unter #ennfachguddlääwe! über soziale Netzwerke zu teilen. Die Kampagne wird von der Landeshauptstadt Saarbrücken und der Europäischen Union unterstützt.

Info: Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V., Haus der Umwelt, Evangelisch-Kirch-Str. 8, 66111 Saarbrücken, Tel. 0681 9385235, gutesleben@nes-web.de, www.nes-web.de/gutesleben

SACHSEN

Broschüren zu nachhaltiger Entwicklung für Oberschulen und Gymnasien

Die Fachstelle Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung beim Verein arche noVa hat zwei Broschüren für den Unterricht an Oberschulen und Gymnasien herausgebracht. Die Broschüren mit dem Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung Sachsen“ enthalten je zwölf ausgewählte Unterrichtsbeispiele zu aktuellen globalen Herausforderungen für verschiedene Fächer. Lehrkräfte erhalten dadurch die Möglichkeit, Themen wie „Globalisierung von Wirtschaft und Arbeit“, „Migration und Integration“ oder „Kommunikation im globalen Kontext“ mit geringem Aufwand in den Unterricht zu integrieren. Die Beispiele wurden an den sächsischen Lehrplänen ausgerichtet und durch das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) geprüft. Projektträger ist das Sächsische Ministerium für Kultus. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen und Engagement Global realisiert. Weitere Bildungsmaterialien bietet das Onlineportal www.bne-sachsen.de/themen an. Fortbildungen für Lehrkräfte sind auf dem Portal www.schulportal.sachsen.de/fortbildungen des Landesamts für Schule und Bildung zu finden.

Info: Fachstelle Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Sachsen, arche noVa – Initiative für Menschen in Not e. V., Weißeritzstraße 3, 01067 Dresden, Ansprechpartner/-innen: Mara Kayser und Ronny Daniel Keydel, Tel. 0351 48198421, globales.lernen@arche-nova.org, www.arche-nova.org



EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator/-innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.wusgermany.de/de/globales-lernen/informationsstelle-bildungsauftrag-nord-sued/eine-welt-veranstaltungskalender